

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-OS.) und Umgegend.

Verleger:

Wöchentlich einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Quartalspreis frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 0,75 Zory.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:

P. Humold, Stadtbuchdrucker, Zory.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Humold.

Anzeigen-Preis:

Die einspaltige Zeilenbreite 10 Gr.
Interaten-Kauschne bis spätkens Freitag
10 Uhr vormittags.

Mr. 8

Samstag, Nr. 10

Sonntabend, den 21. Februar 1931.

Gegründet 1879

53. Jahrgang.

Rundschau.

Polen.

Pilsudski bleibt noch weiter auf Wabitra. Warschau, 15. Februar. Aus Wabitra wird mitgeteilt, daß Pilsudski sich den besten Wohlstandens erweise und daß er entgegen der von einigen polnischen Blättern verbreiteten Gerüchte nicht die Absicht habe, im Laufe der nächsten Wochen nach Polen zurückzukehren.

Keine Umbildung der Regierung.

Warschau, 16. Februar. Schon seit längerer Zeit waren in polnischen Kreisen Gerüchte über eine bevorstehende Umbildung der Regierung des Obersten Stawek im Umlauf. Man konnte sogar die Namen der Minister, die in der nächsten Zeit zurücktreten würden. Es waren dies Innenminister General Skladkowski, Außenminister Jaleski und der Leiter des Finanzministeriums, Oberst Motuljewski. Selbst die vermutlichen Nachfolger der drei Minister sind bereits genannt worden. Bemerkenswert war hierbei der Umstand, daß die Gerüchte nicht von der oppositionellen Presse, sondern von den Zeitungen des Regierungslagers folgerichtig worden sind.

Die maßgebenden Kreise haben sich nun veranlaßt gesehen, diesen Gerüchten ein energisches, und man kann wohl auch sagen, glaubwürdiges Dementi entgegenzusetzen. Im Kabinett seien gegenwärtig keinerlei Veränderungen vorgesehen. Sowohl die Minister Jaleski und Skladkowski als auch Oberst Motuljewski bleiben auf ihrem Posten. Gerüchte ergänzen allerdings dieses amtliche Dementi dahin, daß eine Umbildung der Regierung nach der Rückkehr Pilsudskis erfolgen werde.

Der neue deutsche Gesandte für Polen.

Berlin, 16. Februar. Der neue deutsche Gesandte für Polen, von Wolke, wird Ende dieses Monats seinen Dienst in Warschau antreten.

Jaleski erkennt keine Verpflichtungen an.

Warschau, 12. Februar. Der polnische Außenminister Jaleski hielt heute im Auswärtigen Ausschuss des Senats eine Rede, in der er u. a. bekräftigte, daß seit längerer Zeit zwischen Polen und Sowjetrußland wegen Abzuges eines Abzugesabkommens Verhandlungen geführt würden. Die Nachricht, Polen wolle sich an irgendeiner Antikommunisten beteiligen, sei völlig aus der Luft gegriffen. Dergleichen antipathischen Gerüchte, als ob Warschau Pilsudski in irgendeiner Form in den Lauf des Nordens gegen Sitauen einzwängen hätte, in keiner Weise den Tatsachen. Das sei vor allem nicht möglich, weil Pommern überwiegend von Polen bewohnt werde und weil Polen keine Expansionspolitik gegen Sitauen betreiben. Die Frage einer Grenzrevision sei für Polen in keiner Form und unter keinem Umständen diskutabel. Dem letzten Beschlusse des Völkerbundesrats über die deutsche Klage betonte der Minister als Erfolg Polens, zumal nicht nur die ursprünglichen, wie er erklärte, sondern auch die am Schluß der Verhandlungen im Journal de Genes veröffentlichten und weit herabgesetzten deutschen Forderungen in dem Beschlusse nicht berücksichtigt worden seien. Zum Schluß erklärte Jaleski, es sei Unfinn zu behaupten, Polen hätte hierbei irgendwelche Verpflichtungen übernommen. Keine Regierung könne dafür verantwortlich gemacht werden, wenn einzelne Staatsbürger internationale Gesetze übertreten.

Der Staatshaushalt endgültig angenommen.

Warschau, 14. Februar. Am Freitag hat der Sejm den Staatshaushalt und das Finanzgesetz in dritter Lesung angenommen. Das ist immerhin eine Tatsache, deren politische Bedeu-

lung nicht unterschätzt werden darf. Die Moralsche Sanierung hat einen Dispositionsfonds von drei Millionen Zloty in der Hand, aber dessen Verfügung sich die Regierung völlig freie Hand zu sichern wußte. Schon die Tatsache, daß die Arbeit der langwierigen Aussprache in der verhältnismäßig kurzen Zeit geleistet wurde, wird dem abseits stehenden Wähler den Eindruck abgeben, daß jetzt wirklich positive Arbeit geleistet wird. In ähnlichen Veranlassungen ist das geschehen worden, wogegen man früher lange Monate gebraucht, und wobei eine, wenn nicht gar zwei Regierungen gestürzt werden mußten. Daraus ist das Kabinett über den Haushalt nicht gestürzt und wenn auch gewisse Forderungenänderungen nicht ausbleiben werden, so ist über Ursache keineswegs in der Haushaltsdebatte zu suchen. Das sind die richtigen Vorteile, die jede Regierung in der Hand hat, wenn sie sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann.

Der Staatshaushalt vor dem Senat.

Warschau, 18. Februar. Die nächste Plenarsitzung des Sejm ist für den 25. Februar festgesetzt. Die Tagesordnung ist vorerst noch unbestimmt; indessen läuft in dieser Zeit der vierzehntägige Termin ab, da der Regierungsbuch das Verfassungsentwurfprojekt einbrachte. Es ist demnach sehr wahrscheinlich, daß sich diese Vorlage auf der Tagesordnung einer der ersten Plenarsitzungen findet.

Am 20. Februar tritt der Auswärtige Ausschuss des Sejm zusammen, der sich mit dem Entwurf des Außenministers Jaleski beschäftigt wird.

Gegenwärtig liegt der Schwerpunkt der parlamentarischen Beratungen im Senat. Dessen begann im Budgetausschuss der Senator die Aussprache über den Etat des Handelsministeriums, bei welcher Gelegenheit sich der Leiter dieses Ressorts, Dr. Janta-Polkowsky u. a. zur Organisation des Getreidehandels äußerte. Seine Ausführungen drehten sich um die Zuhilfenahme der Regierung unter keinen Umständen der Zuhilfenahme Getreides zu kommen werde, weil dadurch die Preise auf dem Getreidemarkt ungünstig beeinflusst werden könnten. Was den tierischen Export betrifft, so verdienen die Schweineausfuhr nach Italien sowie die Zuzahlung der Ausfuhr gemästeter Pferde nach Belgien besondere Beachtung, wo der Konsum von Rohfleisch immer größer wird. Die Einfuhr amerikanischer Schmalzes konnte gänzlich unterbunden werden, der Bedarf wird ausschließlich im Inland gedeckt. Hauptkonsumant dieses Artikels ist Oberschlesien.

Austausch der Ratifikationsurkunden.

Warschau, 17. Februar. Gestern erfolgte in Warschau der Austausch der Ratifikationsurkunden mit der deutschen Reichsregierung über das deutsch-polnische Aufwartungs- und über das Sportkostenabkommen, sowie über die Regelung der Rechtsbeziehungen mit der Poljener Pfandbriefanstalt. Dem Austausch der Ratifikationen nahm Außenminister Jaleski, sowie der Deutsche Geschäftsträger, von Hinkel, vor.

Umbildung der Wojewodschaften.

Warschau, 18. Februar. Die Vorbereitungen zu der Umbildung der Verwaltungsbezirke sind somit fortgeschritten, daß sich ihr Umfang schon jetzt absehen läßt. In erster Linie handelt es sich bei der Umbildung der Wojewodschaftsämtern um die Aufhebung von fünf Wojewodschaftsämtern. Dazu gehören die, ehigle Wojewodschaft Warschau, Kielce, Romogrod, Lublin und Stanislaw. Die Umbildung ist so gedacht, daß der nordwestliche Teil der jetzigen Wojewodschaft Warschau der Wojewodschaft Pommern zugeföhrt wird, während die Wojewodschaft Polen um den Bezirk Kalisz

vergrößert werden soll. Die Wojewodschaft Kielce wird unter die Wojewodschaft Krakau, Lublin und Warschau, die jetzige Wojewodschaft Warschau wiederum unter die Wojewodschaft Lublin aufgestellt. Der Wojewodschaft Lublin wird ferner die jetzige Wojewodschaft Romogrod einverleibt. Die Wojewodschaft Lublin erhöht durch die Zuteilung der Wojewodschaft Lublin und Stanislaw eine wesentliche Vergrößerung. In Süd- und Westpolen wird schließlich die Beileitung von 30 Kreisämtern erwogen. Politisch und verwaltungsmäßig hat diese Umbildung natürlich eine sehr große Bedeutung.

Schweres Kriegsgerichtsurteil gegen den „Ozeanflieger“ Major Anbala.

Der Fliegermajor Anbala, der anonyme Briefe beileitenden Inhalts an die leitenden Stellen des polnischen Militärwesens versandt hatte, wurde vom Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis und Ausföhung aus dem Offizierskorps verurteilt.

Urteil im Attentats-Prozess.

Warschau, 17. Februar. Gestern 2 Uhr nachmittags wurde das Urteil im Prozess gegen die fünf Sozialisten gefällt, die schuldig waren, einen Anschlag auf Marschall Pilsudski geplant zu haben. Drei Angeklagte, Jagodzinski, Trochomowski und Skladkowski, sind zu je einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die übrigen Angeklagten Macowski und der ehemalige Sejmabgeordnete Dzygiewski kamen frei. In dem Urteil heißt es, daß Jagodzinski mit Unterstützung von Trochomowski und Skladkowski eine Vereinigung gebildet habe, um gewisse Verbrechen zu begehen, bismal also, um eine hochgeheilte Persönlichkeit zu töten. Nach dem Hinweis von Jagodzinski habe es sich hierbei um Marschall Pilsudski gehandelt. Einverständig sei aber das Gericht fort, daß sich die Tätigkeit der Verschworenen nur darauf beschränkt hätte, diese Vereinigung zu bilden, Zusammenkünfte abzuhalten, Meinungsäußerungen vorzunehmen und die gegenwärtige Aktionsfähigkeit zu prüfen. Mit dieser Absicht hätten diese drei sich befaßt bis zu dem Augenblick ihrer Festnahme, wobei Trochomowski und Skladkowski subfinito überzeugt gewesen wären, daß es sich hier um die Durchführung der Tötung Marschall Pilsudskis handelte.

Deutschland.

Die Döhlke verabschiedet.

Berlin, 15. Februar. Das Reichskabinett hat in seiner Sitzung am Sonnabend die drei Gesetzwürfe über die Döhlke verabschiedet. An der Kabinettsitzung nahmen auch Vertreter der zuständigen preussischen Stellen teil. Es ist gelungen, eine vollständige Übereinstimmung herbeizuföhren.

Aus aller Welt.

Und Friede auf Erden.

Rom, 13. Februar. In seiner Ansprache vor dem Mikrophon des vatikanischen Senders gab der Papst seiner Freude Ausdruck, sich der großartigen Gründung Marcons bedienen zu können, um gemäß dem Auftrag Christi die Worte des Evangeliums bis ans Ende der Erde zu verbreiten und mündlich zu den Völkern sprechen zu können. Es solle auch diese Gründung dazu beitragen, daß alle Welt die Ehre geben. Es ging aus von dem Wort der Schrift „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede den Menschen, die guten Willens sind“. Er wünschte allen die Erleuchtung des heiligen Geistes und sagte, daß es auch der Wunsch unseres Erlösers Jesus Christus gewesen sei, es solle nur ein Papst sein, es solle nur ein Vize sein. Er richtete seine Worte an die gesamte Kirche und forderte die

Katholiken auf, im Glauben zu verhärten; er ermahnte die Missionare, in ihrem Werk nicht müde zu werden, und richtete sich schließlich auch an die Ungläubigen. Er gedachte der großen Bedeutung der sozialen Ordnung. Die Religion sollen sich ihrer großen Verantwortung bewußt sein, die ihnen dadurch gegeben ist, daß sie wahr bezeugen, und sie sollen ihre Liebe ihren ärmsten Mitbürgern zuwenden. Die Armen erinnerte er daran, daß auch Jesus Christus arm gewesen sei. Den Regierenden empfahl er Gerechtigkeit und christliche Liebe, den Unterworfenen Gehorsam, allen aber Gerechtigkeit und gegenseitige Unterstützung. Das sei besonders auch dem Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu wünschen. Der Papst versprach am besten für den Erfolg aller Bemühungen um Frieden und Menschenliebe und verwies auf die Worte Jesu „Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid, ich will euch erlössen“. Er spendete zum Schluß der Stadt Rom und dem ganzen Erdboden den apostolischen Segen.

Der Papst an die Fascheprediger.

Rom, 17. Februar. Der Papst empfing Montag, wie üblich, die Fascheprediger. Er richtete an sie eine längere Ansprache, wobei er an eine besondere Dringlichkeit der Faschepredigten in Rom anknüpfte, die ihm vorher überreicht worden war und deren Beschwörung er sich zu eigen machte. Im einzelnen übte der Papst Kritik an der Presse, die häufig unmoralisch und freivolant sei, an den Römern, die das Schongefühl der jugendlichen Besucher durch die den Filmen beigegebenen Zensurvorstellungen beleidigten, und rügte die Nichtbeachtung der Feiertagsruhe und die Verbreitung der protestantischen Propaganda in Rom im Gegensatz zu den Vatikan zwischen der Kirche und Italien. Der Papst empfahl den Anwesenden, diese Gebote in den Faschepredigten besonders zu berücksichtigen. Der Papst erinnerte daran, daß es nicht unteilnehmend habe, gegen die ermordeten Uebel Stille zu nehmen, sagte aber hinzu, daß er bisher wenig erreicht habe. Trotzdem drückte er nicht, sich entgegennehmen noch von seiner Pflicht abhellen zu lassen.

Im österreichischen Nationalrat

kam es am Mittwoch zu einer wüsten Schlägerei zwischen Sozialdemokraten und Abgeordneten des Heimalbundes. — Auch im Danziger Volkstag haben sich bei der Beratung eines Antrages, der die Aufhebung des Versammlungsverbotes forderte, Tumultuosen abgepielt.

Schluß mit der Diktatur in Spanien.

Madrid, 15. Februar. Das Kabinett Berenguer ist Sonnabend, vormittag 11.30 Uhr, zu einer Sitzung zusammengetreten, in der der gesamte Ministerrat der Regierung beschloß wurde. Berenguer begab sich mit seinem Mitarbeiter gegen Mittag ins Schloß und überreichte dem König die Demission. König Alfonso beauftragte die Regierung mit der Weiterführung der laufenden Angelegenheiten und nahm gleichzeitig seine Besprechungen mit den maßgebenden Parteiführern an.

Madrid, 17. Februar. Nachdem General Guera dem König den Auftrag zur Bildung der Regierung zurückgegeben hatte und nachdem auch Alvaraz einen gleichen Auftrag abgelehnt hatte, schritten hier die tollsten Gerüchte umher. Viele rechnen mit der Militärdiktatur. Der König soll schon eine entscheidende Beratung mit einigen Generalen gehabt haben, wobei beschlossen sei, nach dem Eintreffen der Königin in Madrid die Diktatur auszurufen. Dieses Gerücht wurde am Abend formell dementiert.

Madrid, 19. Februar. Die spanische Reise ist am Mittwoch durch die Bildung eines Konzentrationministers der Rechten und der monarchischen Liberalen einschließlich der Regionalisten beendet worden.

Die Sitzung ist nicht zuletzt dem außerordentlichen politischen Geschehen und der persönlichen Stimmhaftigkeit des Königs zu danken. Durch die Art der Zusammenkunft des Kabinetts dürfte auch die Gefahr einer sofortigen Reaktion der revolutionären Linken durch Generalist nicht gebannt sein. Jedoch muß man immer noch mit Überraschungen vom links rechnen. Kommen diese nicht, so ist die Monarchie ohne Zweifel wesentlich gefährdet aus der Krise hervorgegangen.

Der neue spanische Ministerpräsident Aznar ist der Generalkapitän der spanischen Flotte. Er ist im Alter von 70 Jahren und stammt aus Coruna.

Paris, 19. Februar. Santiago Albó, der sich immer noch in Paris aufhält, äußerte sich über die Lösung der spanischen Regierungskrise dahin, daß man die neue Regierung als Übergangsregierung ansehen müsse, dem auch nur eine beschränkte Aufgabe zufalle.

Madrid, 19. Februar. Vertreter der neuernannten spanischen Regierung erklärten, daß möglichst umgehend eine außerparlamentarische Kommission zum Studium der Frage Verfassungsreform gebildet werden soll. Die Wahlen zum Parlament werden voraussichtlich im Juni stattfinden.

Solnhofen zum Präsidenten von Finnland gewählt.

Helsingfors, 17. Februar. Mit der geringsten Mehrheit, die möglich ist, ist Solnhofen zum Präsidenten von Finnland gewählt worden, nämlich mit 151 von 300 Stimmen. Stahlberg erhielt 149 Stimmen.

Der Name des neuen Präsidenten Solnhofen ist mit der Geschichte der Befreiung Finnlands aus langjähriger Verdrängung. Die Partei seiner Gesinnung wird auch von seinen politischen Gegnern voll anerkannt. Der neue Präsident ist ein Deutschfenn. Man erinnert sich an seine frühere Zeit im Jahre 1918. Damals floh Solnhofen als Arbeiter verkleidet mit wenigen gleichfalls verkleideten Begleitern auf einem Eisbrecher, dessen hölzernen Besatzung auf hoher See übermüdet und in Eilen gelegt wurde, nach dem damals von deutschen Truppen besetzten Rewal, um zum Deutschen Hauptquartier zu eilen. Dort erbat er für das durch Kommunisten schwer belagerte Finnland deutsche Waffenhilfe. Präsident Solnhofen hat also unmittelbar Anteil an der im Frühjahr 1918 durch deutsch-finnische Waffenbrüderschaft erfolgten Befreiung Finnlands von der bolschewistischen Herrschaft.

Der Bürgerkrieg zwischen den Majedonern beendet.

Sofia, 19. Februar. Der Bürgerkrieg zwischen den Majedonern ist nach zweieinhalbjähriger Dauer mit über 100 Todesopfern durch die Waffenstillsetzung der Protogeroisten beendet worden. Der Friedensschluß umfaßt auch eine Amnestie für die Unterworfenen, denen die Freiheit und das Leben als Selbstzweck gewährt wird. Dem Abkommen zum Verhängnis werden als gemeine Verbrecher betrachtet.

Das Ergebnis der Verhandlungen, das einen Sieg der Jure bedeutet, wird als bedeutendes Ereignis betrachtet und in Sofia mit dem Gefühl einer Erleichterung aufgenommen, da die Plutaten nun ihr Ende gefunden haben. Die Jure wird noch in diesen Tagen nach der Freilassung Vorkämpfers und seinem Eintreffen in Sofia eine offizielle Verlautbarung über die Einstellung der Feindseligkeiten geben.

Die Königin von Südbawien

ist an den schwarzen Blattern erkrankt.

K o s t e s .

Sohran, den 20. Februar 1931.

§ (Der Haushalt der Stadt Soyra). Der Haushaltsplan der Stadt Soyra für das Rechnungsjahr 1931/32 schlägt in Einnahme und Ausgabe mit 4.623.05 Lira ab (28.454.28 Lira mehr als im Vorjahr). Die Ausgaben setzen sich aus folgenden Posten zusammen: Für die Unterhaltung der Schulen ist der größte Betrag von 148.955.84 Lira eingestellt. Die Kommissarische erfordert das Gymnasium mit 115.606.56 Lira, während für die Fortbildungsschule 20.949.23 Lira vorgeschlagen sind. Ob der vorgeschlagene Zuschuß der Wojwodschast für das Gymnasium und die Fortbildungsschule mit 84.749.64 Lira eingehen wird, dürfte bei der künftigen Finanzkrise fraglich sein. Die Verwaltungskosten betragen 105.194.81 Lira. Für die Unterhaltung des städtischen Parks sind 37.921 Lira erforderlich. Der Schulbezugs und die Amortisation betragen 60.368.0 Lira. Die Unterhaltung der Straßen und Plätze ist mit 16.600 Lira vorgesehen. Für das öffentliche Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Kanalisation, Badeanstalt) sind 61.580 Lira eingestellt, während die Wojwodschastskandabes (Armenopfleger, Arbeitslose etc.) sich auf 32.931 Lira belaufen.

Die Einnahmen setzen sich aus nachstehenden Beiträgen zusammen: Aus dem Grundbesitz der Stadt (Häuser, Wald und dgl.) 73.874.62 Lira, Zuschuß der Wojwodschast für das Gymnasium und die Fortbildungsschule 4.749.64 Lira, Zinsrücklage 40.634.72 Lira, Zuschuß vom Gymnasium 15.000 Lira, Fortbildungsschule 2000 Lira, Kommunalsteuer und staatliche Abgaben 163.827 Lira, städtische Steuern 41.800 Lira, andere Einnahmen 2.647.07 Lira.

Der Haushaltsplan liegt in der Zeit vom 16. bis incl. 23. d. M. in der Räumerkasse zur öffentlichen Einsicht aus.

§ (Stadtverordnetenversammlung.) Am Mittwoch den 18. d. M. fand eine Sitzung der

Stadtverordnetenversammlung statt. Anwesend waren auch 7 Stadtverordnete der deutschen Fraktion. In Namen der letzteren wurde eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt, daß die deutsche Fraktion mit dem Antwortschreiben des Bürgermeisters auf ihre Eingabe vom 17. Januar d. J. wegen der bekannten Terrorfälle nicht befriedigt ist. Wenn die Fraktion sich trotzdem wieder zur Mitarbeit bereit findet, so ist dies nur deshalb, um ihre friedliche Einstellung trotz schwerer drückender Bedrohung zu bezeugen. In der Erklärung heißt es weiter: „Wir geben aus der bestimmten Hoffnung hin, daß sich derartige Vorfälle, die das Ansehen unserer Stadt herabziehen, nicht mehr wiederholen. Die deutsche Fraktion will in Ruhe und Frieden mit den polnischen Fraktionen zum Wohle der Stadt zusammenarbeiten. Sie wird es auch fernherhin als ihre Hauptaufgabe betrachten, unter Einlenkung jeglicher parteilichen Interessen für die Beförderung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen in unserer Stadt einzutreten. Nur durch solche Arbeit kann Ergut und Frieden erreicht werden.“ (Ob sich die deutsche Fraktion aber nach dem Verlauf der Sitzung doch nicht in ihren Hoffnungen getäuscht sehen wird?) — Aus der Tagesordnung sind nachstehende Beschlüsse hervorgegangen: Die städtische Sparkasse hat nach dem Jahresabschluß für 1930 einen Vermögenszuwachs von ca. 14.000 Lira aufzuweisen. Nach dem Beschluß des Kassars sollen ca. 7000 Lira dem Reservefonds zugewiesen werden, 2000 Lira für ein neues Baugeschäft und 1300 Lira zur Anschaffung neuer Sparkassen bereitgestellt werden, während 4600 Lira als Amortisation für die 3 Vorstandsmitglieder der Kasse demüßigt worden sind. Die Veranlagung ist damit einvernehmlich. — Das Einkommen der städtischen Sparkasse wird dahin ergänzt, indem nach § 52 bestehen die Sparkasse zur Aufnahme von Krediten berechtigt ist. — Nach dem Abschluß der Jahresrechnungen der Räumerkasse für 1929/30 ist dort ein Überschuß von ca. 20.000 Lira verbleiben und zwar hauptsächlich wohl deshalb, indem die Steuern bedeutend höher als eingeplant eingegangen sind. Da nunmehr damit gerechnet werden muß, daß für 1930/31 die eingeplanten Steuern nicht voll eingehen werden, beschloß die Versammlung nach dem Vorschlag der Räumerkassekommission, aus dem genannten Überschuß 17.000 Lira auf das Geschäftsjahr 1930/31 zu übernehmen; 2000 Lira werden dem Reservefonds zugeführt, 500 Lira dem Baugeschäft, 2000 Lira und 500 Lira dem Komitee zur Errichtung der Jugend überlassen. — Dem 1. H. von hier aus dem Räte gelebten Synodischen Ratmann steht noch eine Abwesenheitskassette seitens der Stadt von ca. 100 Lira zu, die nachträglich werden mußte. — Dem Staatsförderer Biska wird eine nochmalige Probezeit im städtischen Dienste von 1 Jahre zugesprochen, entgegen dem Magistratsbeschlusse, der auf Entlassung des Biskaplanverwehrens lautete. — Beschlossen wurde, daß der Ankauf der künftigen Schenke an der al. Nikolaus für 5000 Lira. (Es bemerkt sich, daß die deutsche Fraktion bei sämtlichen Abstimmungen sich der Stimme enthalten hat.) — Einen ersuchenden Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1929/30 erstattete Herr Bürgermeister Rost. — In die Delegationskommission wurden 6 Stadtverordnete (je 2 von den drei Fraktionen) gewählt. — An Stelle des zurückgetretenen Ratmanns Wolke wählte die Versammlung den Wahlleiter Rost in den Verwaltungsrat der Sparkasse.

§ (Goldene Hochzeit.) Am Montag den 23. Februar d. J. begeht ein hochachtbares Bürger Ehepaar unserer Stadt, Herr Malermeister Franz Bipp mit seiner Gattin Anna, geb. Marx, das seltsame F. d. 50-jährigen Ehejubiläum. Dem Jubelpaar, das trotz des hohen Alters von 77 bzw. 70 Jahren sich keltener körperlicher und geistiger Frische erfreuen kann, dürfen an diesem Ehrentage zahlreiche Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zuteil werden. Sieht doch der Jubilar seit Jahrzehnten hierorts im öffentlichen Leben und hat sich dieselbe im städtischen, städtischen und Vereinswesen große Verdienste erworben, treu beharrt und trägt von seiner lieben Gattin. Den vielen Gratulanten schließt sich auch die Redaktion des Stadtblattes an mit dem Wunsch, daß es dem Jubelpaar vergönnt sein möge, bei besser Gesundheit und voller Zurechenbarkeit in 10 Jahren die Diamantene Hochzeit feiern zu können.

§ (Wollgymnasium.) Im diesjährigen Etat unserer Stadt sind beim Titel Gymnasium 10.000 Lira zur Errichtung der 8. Klasse eingeplant. Diese Klasse soll mit Beginn des neuen Schuljahres am 1. September d. J. angelegt werden. Danach wird das 8. Gymnasium zum Wollgymnasium erhoben.

* (Selbstmordversuche.) An der Eisenbahnstraße Dreschke-Bradgrube fand man auf einem Baume aufgehängt einen 22jährigen jungen Mann, der kein Lebensgeheim mehr vor sich gab. Sein Name konnte aus den vorgefundenen Personalpapiere festgestellt werden. — Dienstag den 22. d. d. späten Nachmittagsstunden (schickte sich der 22jährige Student August Stabitz in der Wohnung seiner Onkel in der Bleichgasse 10. Nr. 10. auf.)

P. Hanold, Buch- u. Papierhandlg.